

ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nr. 2

16. Jahrgang der «Apologetischen Blätter»

Zürich, den 31. Januar 1952

INHALT: Von der Realität zum Mythos?

Europa: Die Auffassung Van Zeelands: Der Zukunftsplan — Das Grundprinzip — Die konkrete Gestalt — Die Forderungen der Stunde — Schuman-Plan — Vorläufige politische Autorität — Die europäische Armee.

Warum hat die Kommunistische Partei in Oesterreich soviel Erfolg?: Das Zahlenmaterial — Die Partei und ihre angeschlossenen (getarnten) Verbände — Kommunistische Presse — Die Gründe des Erfolgs — Die Finanzierung.

Weltanschauung in der Exilpolitik: I. Die Gruppe der Kontinuität und ihre Vertreter.

Ex urbe et orbe: Lockerung des Zölibates? — Zu: Bischof Ancel und der Präventivkrieg.

Buchbesprechungen: Bücher der Besinnung: Pflieger — Pieper — Betschart — Hegemann —; Leoni A. — Premm.

Von der Realität zum Mythos?

Zwei gegensätzliche Lebenshaltungen stehen heute in deutlicher Auseinandersetzung miteinander. Die eine ist schon über ein Jahrhundert alt, aber noch keineswegs ausser Kurs: die Realgesinnung. Es ist jene Gesinnung, die sich zur Wirklichkeit bekennt. Wirklichkeit aber heisst dabei: das Leben der sichtbaren, messbaren, konkreten Dingwelt. Der Mensch der Realgesinnung richtet sich nach den feststehenden Tatsachen, konstatiert nüchtern und berechnet zweckentsprechend seine Dispositionen. Diese Tatsachenmenschen gelten als Erfolgsmenschen, als lebensstüchtig, sie setzen sich durch und greifen tatkräftig ein. Sie haben die Zivilisation vorangetrieben, und wir danken ihnen die gewaltigen Fortschritte der Technik. Sie kennen die Gesetze der Materie, aber auch die Methode der Menschenbehandlung. Lange Zeit hat diese Realgesinnung fast allein das Feld beherrscht. Grosskaufleute und Diplomaten, Techniker und Wissenschaftler haben sie vertreten. Auch die Pädagogik wollte diese Gesinnung fördern, und die Jugend zur «Lebensstüchtigkeit» erziehen. Ja, es gibt kaum einen Bereich, in den sie nicht eindrang, von der Kunst bis zur Theologie (man denke an das Werk des evangelischen Theologen Bultmann mit seiner «Entmythologisierung der Heiligen Schrift»).

Konnte man sich eine Haltung denken, die dem Leben stärker auf den Puls fühlte, als eben diese Realgesinnung? Es muss darum überraschen, dass gerade im Namen der eigentlichen Lebendigkeit Protest gegen diese Realgesinnung laut wird. Ortega y Gasset, der die geistigen Ströme der Zeit immer wieder auslotet, hat diesen Protest kürzlich sehr vernehmbar erhoben.¹

«Gewiss soll die Schule auch auf der Elementarstufe auf das Leben vorbereiten — und die Elementarerziehung ist die wesentlichste Erziehung. Aber diese Vorbereitung soll nicht in der Erlernung bestimmter Techniken und Funktionen bestehen, um das Kind mit Kenntnissen in Politik, Wirtschaft und Technik für den Existenzkampf auszurüsten,

¹ Zitiert nach dem Bericht von Peter Seidmann über den Vortrag von Ortega y Gasset in Amriswil, «Die Tat», 8. Dezember 1951.

denn diese Gebiete sind kulturelle Strukturen, die nur den oberflächlichen, sich leicht verändernden Lebensschichten angehören. Zudem bezieht sich die Pädagogik ja ohnehin nur auf veraltete Auffassungen über diese Gebiete. Ebensovienig geht es um eine Erziehung, die vornehmlich zum Gebrauch von Werkzeugen und der Übung von Organen anleitet. Die echte Erziehung richtet sich eben überhaupt nicht nach den Forderungen der Nützlichkeit und der Anpassung an die Umwelt, sondern allein auf die innere, strukturlose(?), ursprüngliche Lebendigkeit des Menschen, die ihrem Wesen nach vor 3000 Jahren dieselbe war wie heute. Zu dieser elementaren Lebendigkeit soll die Schule erziehen und sie gegen alle Mechanisierung und Spezialisierung verteidigen.»

Was aber Ortega y Gasset verlangt, das möchte schon fast in Erstaunen setzen:

«Schaffen wir eine Erziehung, die mit Mythen bildet. Sie allein ist nicht anachronistisch, weil sie sich auf die Forderungen und Elemente der ursprünglichen, ewigen Lebendigkeit, des echten, tiefen Lebens stützt. Gewiss entsprechen die Mythen keiner äusseren, gegenständlichen Wirklichkeit; aber ohne die Impulse, die von diesen edlen Phantasiegebilden ausgehen, stockt das innere Leben. Sie beleben als Verdichtungen von Wunsch, Gefühl und Phantasie den Pulsschlag des seelischen Lebens, regen den Gefühlsstrom an und straffen die vitale Spannkraft: der Mythos ist das Hormon der Seele.»

Wäre Ortega ein extremer Aussenseiter, dann könnten wir solche Sätze auf sich beruhen lassen. Aber er spricht als ein Mensch, der feinnervig alle seelischen Schwingungen der Gegenwart spürt und formuliert. — Auch ist er ja keineswegs der erste, der es wagt, der trostlos nüchternen Realgesinnung den Kampf anzusagen. Vor Jahrzehnten schon hat Ludwig Klages im Namen des Lebens leidenschaftlich dem «Widersacher Geist» sein Anathem entgegenschleudert, wobei der befehdete Geist doch hauptsächlich als der zersetzende, rationalistische Intellekt erscheint, der wie ein Parasit dem blühenden Baum des Lebens das Mark aussaugt, der aber gerade den eigentlichen Mittelpunkt der Realgesinnung bildet. — Und es wären noch viele andere Lebensphilosophen und Dichter zu erwähnen, die ähnlich sprechen. Werfel etwa, hat noch in einer seiner letzten Abhandlungen diese Realgesinnung als die Verderberin und

Zerstörerin der Kultur verdammt. Wir können es uns nicht versagen, hier einige seiner messerscharfen Sätze wiederzugeben.² Sie mögen gerade in ihrer Einseitigkeit zum Nachdenken anregen.

«Ja, Realgesinnung, Aktivismus und Tüchtigkeit sind die Brandstifter, welche die Welt in Flammen gesetzt haben durch Mammutproduktion und Absatzimperialismus.» — «Der Feind, das Hassobjekt der Realgesinnung, ist die Innerlichkeit des Menschen, seine Seele, der schöpferische Geist.» — «Die Geschichte kennt kaum eine derealisiertere, eine abstraktere Epoche als diese Gegenwart, die vor Wirklichkeit zu platzen verneint!»

Wenn wir es bedenken, dann ist es ja auch tragisch genug, dass diese Realgesinnung nicht nur im Bereiche der höheren Werte verständnislos herumtrampelte und diesen Bereich durch sein seichtes Geschwätz verächtlich machte, sondern sogar in ihrer ureigenen Domäne der Lebenstüchtigkeit letztlich versagte — versagen musste. Sie war nicht einmal fähig, die praktische Frage einer gerechten sozialen Ordnung anständig zu lösen.

Aber die Kritik an der Realgesinnung zugegeben — ist nicht doch noch ein weiter Weg von ihrer Ablehnung bis zur Wiedergeburt des Mythos? Und überkommt nicht manche Menschen heute ein peinliches Gefühl, wenn sie das Wort Mythos hören? Sie denken an Rosenbergs «Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts» und an dessen verhängnisvolle Wirkung. Und darin haben sie absolut recht. Wenn ein Mythos zur schlechten Tarnkappe für Blut- und Bodentheorien wird, dann hilft nur ein mutiges Zerreißen dieses Lügengewebes. Indes meint Mythos und mythisches Denken doch etwas anderes.

Was Ortega y Gasset vom Mythos erwartet, das trifft sich vielmehr mit dem, was die Forschungen eines Karl Kerényi, und was die Psychologie eines C. G. Jung zu sagen haben. Beide wissen um jene tiefen seelischen Kräfte im Menschen, die ihren Ausdruck nicht in logisch-abstrakten Formulierungen finden, sondern in konkreter Bildsprache eine Schilderung und Sinndeutung von Welt und Lebensmächten zu geben suchen. Mythische Erzählungen dürfen nicht als reine Phantasieprodukte gewertet werden, wie der Rationalismus glaubte. Sie sind nicht spielerische Erfindungen von geschwätzigen Wortkünstlern und pseudologischen Phantasten. Aus ihnen spricht vielmehr der Geist eines Volkes und einer Zeit, der sich die Zusammenhänge und Hintergründe des Weltgeschehens und ihres tieferen Sinnes zu deuten müht. Gerade das, was die Realgesinnung geflissentlich verdrängte und als magisch-primitive Geisteshaltung zu überwinden suchte, drängt heute wieder ungestüm aus der Tiefe herauf. Man erkennt, wie durch die Aufklärung und den Rationalismus eine Verarmung des Weltbildes, eine Verkürzung der menschlichen Problematik verursacht wurden, die der seelischen Gesundheit sehr weiter Kreise grossen Schaden zugefügt haben. Werfel scheut sich nicht, die ganze Verengung des seelischen Blickfeldes auf das Zunächstliegende in unmissverständlichen Worten auszudrücken: «Die verhungerte Innerlichkeit des Menschen stürzt sich auf das nächstliegende Objekt, auf den Körper. Es ist dies ein Rückzug aus der völlig entwirklichten Welt auf den einzigen Weideplatz gleichsam, der noch Nahrung bietet. Die moderne Körperkultur, der angebetete Leib ist das Gegenteil dessen, wovon Zeitpropheten weissagen, er ist — man verzeihe dieses Bild — das letzte Hemd, das der radikale Realismus der menschlichen Seele übrig lässt.»

Fast ebenso verhängnisvoll wie diese Begrenzung der Wirklichkeit auf das unmittelbar Gegebene war aber die Vernachlässigung und Verkümmern jener seelischen Kräfte, die als Intuition, Wertgefühl, Ahnung und als sinndeutende Funktion des Geistes zur Ganzheit des menschlichen Seelenlebens gehören. Diese Kräfte konnten ja nicht ausgemerzt werden, sie wurden samt den ihnen zugehörigen Inhalten nur verdrängt und unterstehen damit den Gesetzen des psy-

chischen Verdrängungsmechanismus. Sie bilden mit ihren Inhalten jene seelischen Komplexe, die sich eines Tages abspalten und autonom werden — die dann den Menschen zu überschwemmen drohen. Die Neurotisierung der Kultur, die in der Kunst vieler Moderner einen so zwingenden Ausdruck gefunden hat, ist der untrügliche Beweis für diesen Vorgang der seelischen Abspaltung. — Weil aber gerade im Seelenleben das Gesetz am stärksten gilt, dass die Gegensätze sich berühren und sich gegenseitig provozieren, kann man den Umschwung von der Realgesinnung zur mythologischen Vorstellungweise nicht nur begreifen, sondern fast als notwendig einsehen.

Es scheint uns sehr wichtig zu sein, diese Entwicklung klar zu sehen und vom christlichen Offenbarungsglauben her auch Stellung zu ihr zu nehmen. Zeitströmungen gehen ja auch an der christlichen Lebenseinstellung nicht spurlos vorüber. Die Lebenshaltung aber wirkt meist früher oder später wieder zurück auf das geistige Verständnis des Christentums selbst.

Das Christentum hat zunächst kaum einen Grund, die allmähliche Liquidierung des Rationalismus zu bedauern. Die bewusst glaubensfeindliche Einstellung der Vernunftreligion und, in ihrem Gefolge, die ehrfurchtslose Haltung der Realgesinnung gegenüber den unfassbaren Geheimnissen des übernatürlichen Lebens und seines Urhebers, machen den Abschied leicht. Auch wenn es dem Christentum in zäher Anstrengung gelungen ist, die natürlichen Voraussetzungen des Offenbarungsglaubens immer besser aufzuzeigen und gegen Einwände zu sichern, so war sich jedenfalls die katholische Frömmigkeit dabei bewusst, dass der lange Aufenthalt in diesen Vorhöfen des Glaubens der inneren religiösen Lebendigkeit wenig förderlich war. Andererseits freilich wird sie auch den Gewinn der intellektuellen Sicherungsarbeiten im Vorfelde der Offenbarung sich als dauernden Besitz einverleiben.

Dagegen wird sich dem Christentum sehr bald die Frage stellen, wie es sich zum neuen mythischen Denken zu verhalten habe. Im Urchristentum war es nötig gewesen, den Trennungsstrich gegenüber allen heidnischen Mythologemen sehr deutlich zu ziehen (Paulus, Tertullian). Sehr früh jedoch bemühte sich die alexandrinische Theologenschule darum, zu zeigen, wie in Christus die antiken Mythen ihre endgültige Erfüllung gefunden haben (vgl. Rahner Hugo: Griechische Mythen in christlicher Deutung, Zürich 1945). Und dann erwies die erstarkende Kraft des Christentums sich selbst als durchaus schöpferisch im Gestalten neuer symbolischer Ausdrucksformen und eindrucksmächtiger, bildhafter Verdichtungen ihrer neuen Inhalte. Im Mittelalter flossen die beiden Ströme der scholastischen Spekulation und der frommen Mystik, die den Urstrom der Mythik z. T. in ihrer kosmologischen Symbolik eingefangen hatte, einträchtig nebeneinander, und ihre Wasser mischten sich immer wieder und befruchteten die gesamte Kultur. Dante war ebensogross als Denker wie als intuitionsmächtiger Gestalter. — Für unsere Zeit stellt sich die Frage völlig neu. Die mittelalterliche Tradition eines nicht rationalistischen Welt- und Gottverständnisses ist so gut wie verloren. Das neue mythische Denken aber schöpft bis jetzt fast ausschliesslich aus griechischen und ostasiatischen Quellen. Eine rein ablehnende Haltung diesen neuen Erlebnisweisen gegenüber könnte nicht nur als Zeichen der Schwäche missverstanden werden, sondern würde das feste christliche Erdreich auch frisch sprudelnder Quellen berauben, deren Wasser ihrerseits erst durch das Salz der christlichen Lehre schmackhaft werden können.

Es bleibt das Einzigartige dieser Lehre, dass sie die Kraft des mythischen Denkstromes in ihrer überzeitlichen, sinnerfüllenden Wahrheit einfängt, und gleichzeitig doch durch die Art ihrer Offenbarung im historischen Christus mit den realen Tatsachen der geschichtlichen Wirklichkeit für immer verbunden bleibt.

J. Rudin

² Franz Werfel, Zwischen Oben und Unten, 1944.

Europa: Die Auffassung van Zeelands

Es ist bekannt, dass in den Fragen der europäischen Einigung der Haltung der Benelux-Länder beim gegenwärtigen Stand der Dinge eine entscheidende Bedeutung zukommt. Klarheit über ihre grundsätzliche Position ist darum von grösstem Interesse. Ebenso bekannt ist, dass der belgische Aussenminister Paul van Zeeland — übrigens der Begründer des ältesten der in der Europäischen Bewegung zusammengeschlossenen sechs Europa-Verbände, der bereits im Mai 1946 entstandenen «Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit» — in der Europa-Politik von Benelux eine führende Rolle spielt und dass die gegensätzlichen Auffassungen, die diese Ländergruppe in den Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zur Geltung bringt, hauptsächlich von ihm vertreten werden. In der grossen, meisterlichen Rede, die van Zeeland am 10. Dezember 1951 vor der Beratenden Versammlung des Europa-Rates gehalten hat, hat er seine Vorstellung vom Vereinigten Europa und seine Auffassung von dem einzuschlagenden Weg in aller Offenheit dargelegt. «Da wir bevollmächtigt sind», so sagte er ausdrücklich, «hier in unserem eigenen Namen zu sprechen, haben wir den Vorzug und gleichzeitig die Pflicht, äusserst freimütig zu sein. Wenn auf einer Tribüne wie dieser hier die Ideen konfrontiert werden, so hat das nur Sinn und Wert, wenn man sich von den diplomatischen Formeln losmacht, um seine Meinung so eindeutig wie möglich zu äussern und die wirklichen Schwierigkeiten der Stunde zur Sprache zu bringen.» Im folgenden geben wir van Zeelands Stellungnahme in ihren Grundzügen wieder.

Einleitend sagte van Zeeland, knapp zusammengefasst: Europa muss zustandekommen, und es muss rechtzeitig geschehen. Die Nationalstaaten können für sich allein die wesentlichen Ziele jeder menschlichen Gemeinschaft nicht mehr erreichen. Diese Ziele sind: Erstens den Völkern einen Lebensstandard zu verschaffen, der den Entdeckungen der modernen Wissenschaft entspricht. Zweitens den unserer Führung anvertrauten Menschen den Frieden zu sichern — wenn nicht den endgültigen und allgemeinen Frieden, so doch wenigstens den Schutz ihrer Heimstätten und ihrer Freiheiten, was besagt, dass die militärische Seite des Problems mit dazugehört. Manches im Sinne der Einheit ist schon erreicht worden, jetzt aber sind neue Schritte notwendig: Schumanplan und Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Wenn diese beiden Vorhaben gelingen, dann sind wirklich die Grundlagen gelegt worden, auf denen Europa wieder ein gemeinsames Haus errichten kann. Im übrigen muss man einerseits einen Gesamtplan entwerfen, der uns früher oder später ans Endziel bringen soll, und andererseits im Geiste dieses Planes unmittelbar, Tag für Tag, praktisch alles das verwirklichen, was den sofortigen Notwendigkeiten und gegebenen konkreten Möglichkeiten entspricht.

1. Der Zukunftsplan

Darauf ging der Minister zu einer Darstellung des Fernzieles, einer Skizze des Zukunftsplanes über. Da erhebe sich zuerst die Frage nach den Führungsorganen, denn ein Vereinigtes Europa ohne eine wirkliche Autorität sei nicht denkbar. Seiner Meinung nach müsse das Europa von morgen die Form einer Staaten-Konföderation annehmen. Dazu führte van Zeeland näher aus:

Das Grundprinzip

Da uns die Vaterlandsliebe teuer bleibt, muss die zukünftige europäische Organisation die Nationalstaaten, ihre berechtigten Eigeninteressen, respektieren. «Natürlich wird sie den Nationalstaaten übergeordnet sein, aber nur, um den

europäischen Staaten zu helfen, ihre gemeinsamen Ziele zu erreichen». Der Konföderation muss also genau so viel Macht gegeben werden, als im Sinne der europäischen Belange nötig ist, mehr nicht. «Selbst in unseren nationalen Einheitsstaaten wünschen wir der zentralen Autorität nur jene Aufgaben zuzuweisen, die Gemeinde und Provinz nicht zureichend erfüllen können. Ebenso wie die Interessen von Gemeinde und Provinz sich den Nationalinteressen unterstellen und sich ihnen beugen, ebenso werden im Europa von morgen die europäischen Interessen den nationalen Interessen vorgehen und sie übergreifen.» Darüber hinaus muss die Konföderation nach denselben Grundsätzen eingerichtet sein wie ihre Mitgliedstaaten. Sie muss in der Linie jener Institutionen bleiben, die das Unterpfand unserer Freiheiten und der Ausdruck der westlichen Zivilisation sind. Diese Einrichtungen sind vor allem konstitutioneller und repräsentativer Natur. Sie beruhen auf der Grundregel: Alle Gewalt geht von der Nation aus. «Die Konföderation wird darum ihrerseits ihre Machtbefugnisse von den europäischen Nationen erhalten, Befugnisse, die genau abgegrenzt und auf das Unerlässliche beschränkt sind, aber wirkliche Macht darstellen.»

Die konkrete Gestalt

«Um diese Befugnisse auszuüben, muss die Konföderation an ihrer Spitze ein wirkliches Parlament und eine wirkliche Exekutive haben.» Auf diese Weise kommt es zu einer wirklichen Autorität, zu einer Autorität, die ihr Mandat von den konföderierten Nationen erhält. Dieses Parlament muss jedoch zwei an Recht und Macht gleiche Kammern umfassen: Eine Abgeordnetenkammer, deren Mitglieder direkt von den Völkern nach einem für alle Länder gleichen Verfahren gewählt werden, und eine Staatenkammer, in der alle beteiligten Staaten auf der Grundlage völliger Gleichheit vertreten sind. Das ist eine Lösung, die beiden Gesichtspunkten Rechnung trägt, den intereuropäischen Erfordernissen sowohl wie der notwendigen Respektierung der nationalen Souveränitäten.

2. Die Forderungen der Stunde

Er sei überzeugt, so fuhr van Zeeland fort, dass man dieses Ziel erreichen müsse, wenn man zu einem wirklichen Vereinigten Europa kommen wolle. Es sei aber zu fragen, ob die Geister für eine solche Lösung in allen europäischen Ländern bereits reif seien. Er fürchte, dass es nicht der Fall sei. Das bedeute aber nicht, dass man sich auf Propaganda zur psychologischen Vorbereitung der Völker beschränken müsse oder dürfe. Sowohl die wirtschaftlichen wie militärischen Notwendigkeiten erforderten sofortige Verwirklichungen. Es gelte, ohne das Fernziel aus dem Auge zu verlieren, hier und heute vorläufige, auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Stunde abgestellte Lösungen zu finden. Aber auch hier bleibe das Problem der politischen Autorität bestehen, auch die spezialisierten Einrichtungen bedürften ihrer, denn stets müssten Entscheidungen gefällt und Direktiven gegeben werden.

An dieser Stelle setzte sich van Zeeland mit den supranationalen, den Hohen Behörden auseinander, die man als «Zwischenlösung» — halbwegs zwischen dem Endziel (Konföderation) und der bereits auf mehreren Gebieten bestehenden, auf dem Zusammenwirken der nationalen Regierungen beruhenden Praxis gelegen — betrachte. Hier handle es sich um etwas anderes als um das, was er als «vorläufige Lösungen» bezeichne. Er für seine Person halte solche Zwischenlösungen nicht für glücklich.¹⁾ Es sei zu befürchten, dass sie das Werk der

¹⁾ Die gegenteilige Auffassung vertritt, vom Standpunkt einer berufständischen Konzeption aus, Prof. v. Nell-Breuning.

Einigung noch schwieriger machten. Man habe es hier mit Zwittergebilden zu tun, bei denen sich die Machtbefugnisse einerseits nicht mehr auf die nationale Souveränität stützten, ohne andererseits bereits eine wirkliche internationale Basis gefunden zu haben. Das parlamentarische Gremium, dem eine solche Hohe Behörde verantwortlich sein solle, bestehe aus einer Versammlung von Persönlichkeiten, die gewiss von den Staaten bezeichnet würden, aber ihre Befugnisse nicht aus wirklichen Wahlen erhielten und ohne unmittelbaren Kontakt mit der Nation blieben. Solche Einrichtungen könnten zu folgenschweren Verwirrungen führen. Es bestehe nämlich die grosse Gefahr, dass die öffentliche Meinung durch sie irreführt werde und dem, was dort gesagt und getan werde, etwas zumesse, was ihm nicht zukomme. Dieses Zwischengebilde einer politischen Autorität sei also abzulehnen. Europa müsse in einer Sphäre der Klarheit und Eindeutigkeit entstehen.

Schumanplan

Wenn man ihm nun sage, er habe aber doch dem Schumanplan zugestimmt, so antworte er, dass der ursprüngliche Plan manche Abwandlungen erfahren habe. Gewiss trage er auch jetzt noch manche Züge der Art, wie er sie kritisiert habe. Es seien aber immerhin genügend Abänderungen erreicht worden, um sagen zu können, dass ein radikaler Widerspruch zu den von ihm hier entwickelten Grundsätzen nicht mehr bestehe. Man habe jedoch zahlreiche Konzessionen gemacht und machen müssen, da der Schumanplan unerlässlich sei. Im übrigen habe Belgien dadurch seinen guten Willen bewiesen. Sie seien durchaus bereit, so fuhr van Zeeland fort, auch in den Verhandlungen über andere Teil-Unionen Konzessionen zu machen und persönliche Ideen zu opfern. Beim Schumanplan habe es sich um materielle Interessen, um Kohle und Stahl, gehandelt, wenn es jedoch, wie bei der Frage der Europäischen Armee, um Menschenleben gehe, dann könne man Auffassungen, die man nicht teile, jedenfalls nicht so weit entgegenkommen.

Die vorläufige politische Autorität

Welche Form müsse man also der politischen Autorität innerhalb der Teil-Unionen, der spezialisierten Einrichtungen geben? Die Antwort laute einfach: es muss ein Komitee von Ministern sein, die den verschiedenen beteiligten Ländern angehören. Mit einer solchen Lösung halte man sich im Rahmen unserer verfassungsmässigen Einrichtungen und erreiche auch hier wiederum eine wirkliche Autorität. «Die Mitglieder dieses Komitees sind im Amt sich befindliche Minister. Sie üben die Regierungsautorität aus und legen über ihr Tun vor den nationalen Parlamenten Rechenschaft ab.» Wenn man die Frage der Autorität letzter Instanz so regle, wenigstens für eine Übergangszeit, würden alle Grundsatzschwierigkeiten beseitigt. «Jeder dieser Minister wird seine Stellungnahmen vor seinem Parlament rechtfertigen, und in 90 Prozent der Fälle wird er die gemeinsame Entscheidung des Minister-Komitees verteidigen. Auf diese Weise behält der Volkswille den Vorrang, die parlamentarische Kontrolle bleibt bestehen, wir bleiben in der Ordnung unserer freiheitlichen Institutionen.»

Damit wolle er aber keineswegs gesagt haben, dass ausnahmslos alle Entscheidungen des Minister-Komitees einstimmig getroffen werden müssten. Das sei weder grundsätzlich noch praktisch notwendig. «Gewiss, wenn es sich um wesentliche Fragen handelt, muss die Regel der Einstimmigkeit gewahrt bleiben. Wenn wir es übrigens anders halten wollten, würden wir auf faktische Schwierigkeiten stossen, die unüberwindlich sind. Anstatt der Sache Europas gedient zu haben, würden wir sie, wie ich fürchte, gefährden. Wenn ich jedoch die Regel der Einstimmigkeit in allen Fragen, die die grundlegenden Interessen der Nationen engagieren oder regulativer Art sind, aufrechterhalten will, so bin ich der erste, anzuerken-

nen, dass man sich bei einer ganzen Reihe anderer Massnahmen mit qualifizierten Mehrheiten begnügen kann.»

Überdies müsse die Tätigkeit des Minister-Komitees durch Verwaltungsorgane fortgesetzt und vervollständigt werden. Ob es sich bei der Ausführung der vom Minister-Komitee gegebenen allgemeinen Richtlinien oder einzelnen Anweisungen um einen Hochkommissar oder um ein administratives Kollegium zu handeln habe, werde sich nach dem einzelnen Fall richten müssen.

3. Die europäische Armee

Nachdem er im ersten Teil seiner Rede vor der Beratenden Versammlung seine grundsätzlichen Auffassungen über Ziel und Weg der europäischen Einigung dargelegt hatte, kam van Zeeland im zweiten Teil ausführlich auf die besondere Frage der Europäischen Armee zu sprechen. Zuvor hatte er noch einmal betont, dass er den Schumanplan unter den gegenwärtigen Verhältnissen für unerlässlich halte. Dasselbe erklärte er vorweg von der Europäischen Armee. Nach allem, was geschehen sei, könne man von ihr, wenn Europa geschaffen, geschützt und endgültig organisiert werden solle, nicht absehen.

Nach van Zeeland handelt es sich dabei um drei Ziele:

Erstens muss sie ein militärisches Werkzeug erster Ordnung sein; sie muss den Schutz der europäischen Heimstätten so wirksam wie möglich gewährleisten. Nach ihrer Errichtung muss sich eine grössere militärische Stärke ergeben als die Summe der in ihr einzugliedernden Kontingente ausmachen würde. Zweitens muss sie der «klimatischen» Vorbereitung und der Beschleunigung der europäischen Konföderation dienen. Darum ist sie so zu organisieren, dass sie die europäischen Länder dazu anreizt, ihre Kräfte auch auf allen anderen Gebieten mehr und mehr zusammenzuschliessen. Drittens soll mit ihr verhütet werden, dass erneut mächtige Nationalarmeen entstehen, die einer antieuropäischen Politik dienstbar gemacht werden könnten. Sie soll, mit anderen Worten, eine Gewähr dafür bieten, dass nicht wieder politische Bedingungen entstehen, die die Uneinigkeit Europas begünstigen und noch einmal zu innereuropäischen Kriegen führen könnten. Mit den gegenseitigen Kriegen muss es in Europa ein Ende haben.

Wie können diese Ziele nach van Zeelands Meinung nun erreicht werden?

Zunächst: die Integration muss sich auf das Unerlässliche beschränken. Jede überflüssige Konzentration wäre ein schwerer, verhängnisvoller Fehler. Ausserdem würde sie das ohnedies schon schwierige Werk der Verwirklichung Europas noch mehr erschweren. Welche Stufe der Integration muss also einerseits erreicht und darf andererseits nicht überschritten werden? Zwei Extreme können nicht in Frage kommen: Weder eine Koalitionsarmee, wie es sie schon oft gegeben hat, noch eine Fusionsarmee, so als handle es sich um die Armee eines Einheitsstaates. Selbst in der Atlantischen Armee ist ja bereits mehr als eine blossе Koalition zu sehen. In der Europäischen Armee muss die Integration jedoch eine grössere sein, sogar schon aus militärischer Notwendigkeit, wie die Schwierigkeiten, die in der Atlantischen Armee bezüglich der Koordination aufgetreten sind, zeigen. Das bedeutet aber nicht, dass nur das andere Extrem, eine Fusionsarmee, übrigbleibt. Eine solche Lösung sei ja auch bereits ausgeschaltet. In den Verhandlungen der Sachverständigen stehe fest, dass man beim Aufbau der Europäischen Armee von homogenen Grundeinheiten, zumindest in der Grössenordnung einer leichten Division, ausgehen werde, und dass die Integration erst von diesen Einheiten ab erfolgen solle.

Zu der Frage übergehend, ob mit der mittleren Lösung, die er vertrete, eine wirkliche Integration erreicht werde, erklärte van Zeeland, darüber könne kein Zweifel bestehen. Dazu führte er aus:

Gemeint ist in der Tat nur eine einzige Armee, eine Armee, die ein gemeinsames Oberkommando, einen gemeinsamen Generalstab, dazu (d. h. oberhalb der Grundeinheiten) gemeinsame höhere Offiziersstäbe, gemeinsame Kader, gemeinsame rückwärtige Dienste besitzt. Zweitens soll alles, worauf die moralische Einheit einer Armee beruht, in jeder Hinsicht gewährleistet sein. Diese Armee stünde im Dienste ein und derselben Politik; sie würde integrierender Bestandteil der Atlantischen Armee sein. Es würde ferner einheitliche militärische Reglemente, einheitliche Beförderungsvorschriften für Offiziere, eine standardisierte Ausrüstung, eine einheitliche Theorie geben. Und schliesslich würde diese Armee einer politischen Autorität europäischen Charakters unterstehen.

Mit dieser Frage der politischen Autorität stehe man, so hob van Zeeland hervor, vor dem Kernpunkt des Problems. Wie müsse sie beschaffen sein? Nach dem, was er im ersten Teil seiner Rede ausgeführt habe, sei es gewiss nicht erstaunlich, wenn er einen schwerfälligen, komplizierten Überbau, ähnlich dem, an dem man im Schumanplan zum Teil noch festgehalten habe, ablehne. Seiner Meinung nach müsse es sich hier um ein Komitee von Ministern handeln, die die ganze ihnen zugehörige Autorität und die ganze Autorität ihrer Regierungen einbrächten. Was die Entscheidungen dieses Komitees angehe, so müssten sie teils mit Einstimmigkeit, teils mit qualifizierten Mehrheiten gefällt werden. Dem Komitee komme es zu, die oben erwähnten allgemeinen Regelungen zu treffen. Überdies brauche man sowohl einen Oberstkommandierenden als auch einen Kommissar oder ein Kollegium von Kommissaren, zwei Organe, die die von den Ministern festgelegte Politik auszuführen hätten. Beider Rolle sei unschwer zu bestimmen — die dafür massgebenden Regeln seien in allen Armeen der Welt die gleichen.

Ein weiterer Aspekt des Problems, fügte van Zeeland hinzu, bestehe seiner Meinung nach darin, dass man die Be-

teilung aller Länder Europas und wenn nicht aller, so doch der grösstmöglichen Zahl dieser Länder erlangen müsse. Die Armee eines Vierteuropas genüge nicht. Er sei sich der Schwierigkeiten in dieser Hinsicht durchaus bewusst, aber die erste Pflicht bestehe seiner Meinung nach darin, sich zu bemühen, den Plan einer Europäischen Armee in politischer und technischer Hinsicht so zu entwerfen, dass eine Lösung gefunden werde, die pragmatisch und konkret genug sei, um nicht die Mitarbeit auch nur eines der europäischen Länder von vornherein aussichtslos zu machen. Wenn man vor zwei annehmbaren Lösungen stehe, so müsse man doch gewiss jene wählen, die die meiste Aussicht biete, die grösstmögliche Zahl von Ländern für die Europäische Armee zu gewinnen. Dazu sei, wie er glaube, die von ihm vorgeschlagene Lösung wegen ihrer relativen Mässigung und Einfachheit geeignet. Im übrigen behalte er sich vor, seine hier zum Ausdruck gebrachten persönlichen Meinungen insoweit zu ändern, als er es nach zusätzlichen Informationen für nötig befinden werde. Es sei auch durchaus möglich, dass er sie eventuell den Erfordernissen der Verhandlungen anpassen werde.

Als eine dritte sofortige Notwendigkeit bezeichnete van Zeeland abschliessend die Verstärkung des Europa-Rates. Um ihn herum müssten sich alle Einigungsbemühungen und alle spezialisierten Institutionen gruppieren. Wenn man, bevor ein wirkliches europäisches Parlament geschaffen werden könne, seine Zuflucht zu einer Versammlung beratenden Charakters nehmen müsse, so sei es doch viel besser, das Bestehende zu benützen als das Interesse und die Anstrengungen zu zersplittern. Eine Koordination sei zwingend geboten und mit Hilfe der Strassburger Institutionen möglich. Sie werde um so einfacher sein, wenn man sich für praktische und realistische Lösungen, die in der Logik unserer freiheitlichen Institutionen blieben, entscheide. Dann werde der Streit um die Souveränität viel an Schärfe verlieren.

Warum hat die Kommunistische Partei in Oesterreich so viel Erfolg?

Statistisches Material

Die Partei und ihre angeschlossenen Verbände

1. Die KPÖ hat heute (ohne die angeschlossenen Tarnverbände) insgesamt ca. 191 000 eingeschriebene ordentliche Mitglieder. Die Partei ist seit dem Kriege Jahr für Jahr langsam aber stetig gewachsen. In den letzten 12 Monaten betrug der Zuwachs der Partei ca. 18 500 Mitglieder.

2. Ungefähr jedes zehnte Mitglied der KPÖ ist mit einer Funktion betraut, so dass es derzeit in der Partei ca. 28 100 aktive Funktionäre gibt.

3. Hauptamtliche — bezahlte — Funktionäre hat die Partei derzeit ca. 435 Männer und Frauen. (In dieser Zahl sind die Redakteure und Angestellten der KPÖ-Zeitungen und -wirtschaftsbetriebe nicht enthalten, sondern nur die wirklichen Parteifunktionäre, die sich ausschliesslich mit der Parteiarbeit befassen. Auch die Funktionäre der Tarnverbände sind nicht in der Zahl 435 enthalten.)

4. Diese 435 hauptamtlichen Funktionäre allein erhalten im Monat ca. 700 000 Schillinge an Gehältern, das ist im Jahre ca. 8 400 000 Schillinge.

Da der Mitgliedsbeitrag eines Mitgliedes zwischen 0,50 Schilling und 1,50 Schilling schwankt und durchschnittlich pro Mitglied monatlich 1 Schilling einkommt, so beträgt die Gesamteinnahme aus den Mitgliedsbeiträgen im Jahre höchstens 2 280 000 Schillinge. Allein aus dieser Zahl geht schon

hervor, dass die KPÖ den weitaus grössten Teil ihrer Gelder nicht selbst aufbringt, sondern aus andern Quellen bezieht.

5. Das Gesamtbudget der KPÖ für das Jahr 1950 betrug ca. 84 000 000 Schillinge. Für das Jahr 1951 war das Budget bedeutend höher, da die Betriebsrats-Wahlen eine Summe von ca. 11 000 000 Schilling verschlungen hatten. Ausserdem kostete der Wahlkampf zur Bundespräsidentenwahl 1951 sehr viel Geld.

6. Die KPÖ hat bisher folgende Tarn- und Zweckverbände, genannt Massenorganisationen, geschaffen:

Kinderland (für die Kinder bis 10 Jahre; dieser Organisation gehören auch die Eltern der Kinder an).

Junge Garde (für die Kinder vom 10.—14. Lebensjahr).

Sturmvoegel (sind die Elite der Jungen Garde).

FÖJ — Freie österreichische Jugend (für die Jugend ab dem 14. Lebensjahr bis zum 20. Lebensjahr).

BdF — Bund demokratischer Frauen (für alle Frauen).

BdS — Bund demokratischer Studenten (für alle Studenten).

BdL — Bund demokratischer Lehrer (für alle Lehrer).

Mieterschutzverband (für alle Mieter).

Verband der Sozialrentner (für alle Rentner).

KZ-Verband (für alle ehemaligen KZ-ler).

Verband österreichischer antifaschistischer Freiheitskämpfer.

Verein Ernteland Wien und Umgebung.

Verband demokratischer Handel- und Gewerbetreibender.

Österreichischer Verband der Kleingärtner und Kleintierzüchter.

Österreichischer Siedlerverband.

Österreichischer Esperantistenverband.

Österreichische Krüppelarbeitsgemeinschaft.

Österreichischer Schachverband.

Freie Philatelie.

Diese Verbände sind 100% kommunistisch und kommunistisch geführt; allerdings nennen sich alle diese Vereine überparteilich und überkonfessionell.

Die KPÖ beherrscht ausserdem noch einige wichtige Sportverbände 100%ig und zwar:

ASVÖ (Allgemeiner Sportverband Österreichs). Diesem gehören alle kommunistischen und neonazistischen Vereine an; der ASVÖ ist der stärkste Verband Österreichs.

Österreichischer Radfahrerbund (fast 100% kommunistisch geführt, obwohl die meisten Mitglieder nicht Kommunisten sind).

Österreichischer Kraftsportverband (KP-Führung).

Österreichischer Tischtennisverband (KP-Führung).

Naturfreunde (zur Hälfte KP-, zur Hälfte SP-Führung).

Ausserdem hat die KPÖ noch viele andere lokale Sportvereine, Theatergruppen, Bergsteigergruppen, Segelfliegergruppen usw. gegründet, welche sich auch überparteilich nennen, aber kommunistische Tarn- und Zweckverbände sind, um eine grössere Basis zu haben.

Auflageziffern der kommunistischen Presse

Die KPÖ hat an normalen Tagen ca. 110 000 Abonnenten und Käufer ihrer Tageszeitungen. An den Kolportagetagen, die fast wöchentlich stattfinden, Freitag meist in den Betrieben und Samstag nachmittags und sonntags in den Wohnhäusern, erhöht sich die Zahl der Käufer der KPÖ-Tageszeitungen auf ca. 220 000.

An diesen Kolportagetagen (zur Kolportage der KPÖ-Zeitungen ist jedes Mitglied strengstens verpflichtet!) werden mindestens 100 000 Exemplare der KPÖ-Zeitungen von Nichtkommunisten gekauft. Dazu kommt noch, dass in der russischen Zone Österreichs die Bürgermeisterämter, die Schulen (!!!) und die Geschäfte gezwungen sind, die von den Russen herausgegebene «Österreichische Zeitung» zu kaufen. Diese Zeitung wird von ca. 10 000 Käufern bezogen und muss zur Zahl der KP-Tageszeitungen hinzu gerechnet werden. Noch viel grösser und durchgreifender ist der Einfluss der KPÖ-Wochen- und Monatsschriften. Die Schulungszeitschrift «Weg und Ziel» ist mit einer Auflage von ca. 60 000 Exemplaren die weitaus am meisten gelesene und verbreitete politische Monatsschrift ganz Österreichs überhaupt. Die Monatsschrift «Die Arbeit» ist ebenfalls die stärkste parteipolitische Schulungszeitschrift für Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, Auflage ca. 20 000.

Die interessanteste, alle 14 Tage erscheinende, kulturpolitische Zeitschrift Österreichs ist «Das Tagebuch» mit einer Auflage von ca. 30 000 Exemplaren. Diese Zeitschrift ist besonders deshalb gefährlich, weil Dr. Viktor Matejka, Mitglied der ZK usw., in dieser Zeitschrift immer wieder versucht — und sehr geschickt sogar — die Katholiken zu gewinnen. Dr. Matejka gibt sich als gläubiger Katholik und gilt als Spezialist in Kirchenfragen.

Sehr gut redigiert ist auch die Zeitschrift der «Freien österreichischen Jugend» (FÖJ-Jugendorganisation der KPÖ) «Jugend voran». Erscheint alle 14 Tage und hat ebenfalls eine Auflage von ca. 30 000. Sie ist somit die grösste österreichische Jugendzeitschrift (allerdings hat die katholische Jugend mehrere Zeitschriften und eine grössere Auflage, da es in Österreich 6 000 000 Katholiken und 1 910 000 Kommunisten gibt).

Die KPÖ gibt wöchentlich die illustrierte Zeitschrift «Die Weltwoche» heraus. Sie hat eine Auflage von ca. 12 000 Exemplaren wöchentlich. Sie ist die schlechteste «Illustrierte» Österreichs.

Ferner gibt die KPÖ eine getarnte Wochenzeitung «Die Woche» heraus. Sie hat eine Auflage von ca. 30 000 Stück; sie gewinnt aber in letzter Zeit viele neue Abonnenten.

Der Tarnverband für die Frauen, «Bund demokratischer Frauen», gibt eine Monatszeitschrift, «Die Stimme der Frau», heraus. Sie hat ebenfalls eine Auflage von 30 000 Exemplaren.

Die «Österreichische Friedenszeitung» hat eine Auflage von ca. 120 000 Exemplaren und erscheint monatlich. Die Zahl der Abonnenten wächst täglich, da die KPÖ alle Anstrengungen macht, um Abonnenten für diese Tarnzeitung zu bekommen.

Ferner existieren noch eine Menge von kleineren Zeitungen und Zeitschriften, z. B. für die Landbevölkerung «Der kleine Landwirt»; dazu eine grosse Anzahl von Betriebszeitungen. Auf alle Fälle hat sie prozentual im Verhältnis zur Zahl ihrer Mitglieder und Wähler weitaus die höchste Auflagezahl und bei «Weg und Ziel» sogar absolut die grösste Auflagezahl.

Die Wirkung der KPÖ-Presse geht aber weit über diese Zahlen hinaus, denn die KPÖ hat es grossartig organisiert, dass die Parteimitglieder ihre Zeitungen und Zeitschriften nicht als Altpapier wegwerfen, sondern an sozialistische Arbeiter und Angestellte weitergeben. Dieser Tätigkeit ist auch der von Tag zu Tag zunehmende Erfolg bei den Betriebsratswahlen zuzuschreiben.

Zu den in Österreich gedruckten Zeitungen und Zeitschriften kommt noch die Kominformzeitung, die in Österreich von 7000 Käufern gekauft wird.

Ausserdem wird die grosse illustrierte Monatszeitschrift «Die Sowjetunion» von ca. 6000 Leuten gekauft.

Die Monatszeitschrift «Die Brücke» der österreichisch-sowjetischen Gesandtschaft wird von ca. 26 000 Personen gekauft.

Zu diesen Zeitschriften kommen noch Massenbroschüren in Auflagen bis zu 100 000, z. B. jetzt eine Serie von sechs Broschüren, die nur Wirtschaftsfragen behandeln, überparteilich getarnt sind und sehr viel in nichtkommunistischen Kreisen verkauft werden.

Mehrere Verlage, darunter auch der Tarnungsverlag «Donauverlag» geben eine Unzahl von Büchern heraus, die an sich mit dem Kommunismus nichts zu tun haben, aber geschickt die materialistische Weltanschauung propagieren.

Im Augenblick überschwemmt die KPÖ den Markt mit ihren «Volkskalendern», die in Hunderttausenden von Exemplaren verkauft werden. Auch diese Kalender sind getarnt.

Auch an der Herausgabe von Schundromanen durch nichtkommunistische Verlage ist die KPÖ durch Strohmänner beteiligt, so dass man hier jeden Schundroman lesen müsste, um zu wissen, welcher von der KPÖ finanziert wird.

Die Gründe des Erfolges

Zum Unterschied von allen andern freien Ländern nimmt die KPÖ stetig an Stärke in jeder Hinsicht (Zahl, ideologisch, machtpolitisch, finanziell usw.) zu. Für ständige Stärkung der KPÖ sind u. a. folgende Gründe vorhanden:

a) Österreich ist nur auf dem Papier ein katholisches Land. Nur 20% der Katholiken praktizieren ihre Religion. Dies ist auf folgende Ursachen zurückzuführen:

Erstens war der Grossteil der österreichischen Intelligenz seit mindestens 80 Jahren scharf antichristlich.

Zweitens war die österreichische Sozialdemokratie, zum Unterschied von der Labourparty, seit ihrem Bestehen ebenfalls radikal antichristlich; sie war immer in erster Linie eine

Weltanschauungspartei, deren Hauptaufgabe nicht der Kampf um eine soziale Besserstellung der Arbeiter war, sondern der Kampf gegen die Kirche (Freidenker, Abfallsbewegung von der Kirche, die jene der Nazizeit weit übertroffen hat).

Das Achristentum der liberalen Intelligenz und das Antichristentum der Sozialdemokraten («Austromarxisten»), die immerhin die Mehrheit im österreichischen Volk ausmachen, sind der beste Nährboden für den ebenfalls antichristlichen Kommunismus.

Der Kommunismus findet nur mehr in einer Minderzahl der eingeschriebenen Katholiken (von den Protestanten gilt das gleiche) aus religiösen Motiven 100% Ablehnung.

b) Die österreichische Sozialdemokratie war schon immer streng orthodox marxistisch. Auch heute noch wird auf den Parteischulen der Sozialistischen Partei der radikale Marxismus gelehrt. Ideologisch unterscheiden sich in Österreich Sozialisten und Kommunisten nicht, sondern nur in taktischen Fragen über den Weg, wie Österreich marxistisch gemacht werden kann. Die Sozialistenführer Schärf, Tschadeck, Waldbrunner usw. sind sogar viel schärfere Antichristen und Marxisten als manche Mitglieder des Zentralkomitees der KPÖ. Die österreichischen Sozialisten sind ideologisch mit den Kommunisten eine Einheit, beide sind Materialisten und Antichristen. Das weiss die Führung der KPÖ sehr gut und belastet sich derzeit in Österreich nicht mit dem Antichristentum, sondern überlässt diese Aufgabe der SPÖ-Führung.

c) Zu diesen beiden geistigen inneren Gründen für das Anwachsen des Kommunismus in Österreich kommen noch viele äussere Gründe. Die wichtigsten scheinen zu sein:

1. Das totale Versagen der antikommunistischen Propaganda im Gegensatz zur ungehemmten und glänzenden kommunistischen Propaganda. Beide setzen ungefähr gleich grosse Geldmittel ein. Ein Grossteil der antikommunistischen Propaganda, soweit sie von Amerika finanziert wird und auch von England, liegt in Händen von volksfremden, materialistischen und unchristlich eingestellten Funktionären und Beamten, die natürlich die wirklichen Probleme Österreichs nicht sehen wollen und können.

Als Beispiel, wie sehr die antikommunistische Propaganda trotz aufgewendeter grosser Geldmittel total versagt, sei angeführt, dass heute mindestens 80% der österreichischen Bevölkerung die Russen und Amerikaner gleich hoch bzw. tief einschätzen, obwohl die Russen Hunderte von Österreichern ermordet und verschleppt, Tausende von Frauen und Mädchen geschändet, riesige Werte gestohlen und geplündert haben, obwohl sie um Milliardenbeträge österreichische Betriebe abmontierten und gegenwärtig durch den Raub des Erdöls und der USIA-Wirtschaftsführung jährlich viele Milliarden dem österreichischen Staate stehlen und Österreich ausserdem für die russischen Besatzungskosten aufkommen muss. Die Amerikaner dagegen haben bisher allein im Rahmen des Marshallplanes 25 Milliarden Schilling geschenkt, bezahlen die Besatzungskosten selbst und haben privat ungeheure Summen Hilfe für Österreich aufgebracht. Die Amerikaner unterstützen offiziell die österreichischen Bemühungen um den Staatsvertrag. Trotzdem haben sie wenig Freunde in Österreich, sondern werden vielmehr von vielen glühend gehasst. Die Russen dagegen können sich 100%ig auf die Kommunisten verlassen.

2. Als nächster Grund muss eine unglückselige Wirtschaftspolitik der österreichischen Kapitalisten angesehen werden. Die österreichischen Kapitalisten, die DP (displaced persons) und internationalen Schieber haben seit 1945, nach offiziellen Berechnungen der Regierung, allein ca. 9 Milliarden Schillinge ins Ausland verschoben und der österreichischen Wirtschaft entzogen. Mit diesen 9 Milliarden hätten in Österreich z.B. die Wohnungsfragen gelöst werden, oder ein Grossteil der Bahn-elektrifizierung hätte vollendet werden können. Dies wären

sichtbare Erfolge der Regierung gewesen und hätte viele Vorwürfe der Kommunisten entkräften können:

Zur unglückseligen Wirtschaftspolitik gehört es in Österreich, dass sich die ÖVP (Österreichische Volkspartei) von der SPÖ (Sozialdemokratische Partei) hat überrumpeln lassen und die gesamte Grundindustrie Österreichs heute marxistisch misswirtschaftet (Milliardendefizit der Bundesbahn!). Heute machen die Arbeiter und das Handelsministerium entgegengesetzte Handelspolitik. Die Arbeiterkammer hat z. B. 1951 den Holzexport fast zur Gänze lahmgelegt und dadurch fast 50000000 Schillinge Schaden angerichtet. Die Kommunisten nützen diese wahnsinnigen Fehler natürlich aus, decken diese Fehler und Betrügereien aufgebauscht und verschlimmert auf und untergraben damit das Vertrauen des arbeitenden Volkes in die Wirtschaftsführung.

3. Ein weiterer Grund für die Stärke der KPÖ ist die Anwesenheit der russischen Truppen. Eine direkte und wirksame Bekämpfung der Kommunisten wird in der russischen Zone als Sabotage und Spionage gegen Russland betrachtet und von den Russen verhindert. In der russischen Zone ist es praktisch nur Ministern möglich, die Wahrheit über die Kommunisten zu sprechen. Ständig gibt es Eingriffe der Russen zu Gunsten der Kommunisten, eine kommunistische Denunziation genügt, um von den Russen verhaftet zu werden.

Dagegen haben die Kommunisten für alle ihre Gaunereien und Lügen den militärischen Schutz der Russen und sind vor allem in den USIA-Betrieben in der Lage, einen hemmungslosen Terror auszuüben. Auf diese Weise allein gelang es der KPÖ, mindestens 30000 Mitglieder zu gewinnen, von denen ein grösserer Prozentsatz heute wirkliche Kommunisten geworden sind. Durch die Verpachtung von grösseren (von den Russen gestohlenen) Ländereien an Kleinbauern und Pächtern gelang es den Russen, viele Kleinbauern der KPÖ zuzuführen.

4. Ein weiterer Grund für die Erfolge der KPÖ ist darin zu suchen, dass es ihr gelungen ist, einige tausend fanatische Aktivisten zu erziehen, die tatsächlich jedes Opfer für die Partei bringen und Tag und Nacht für die Partei arbeiten. Es gibt z.B. Hunderte von KPÖ-Aktivisten, die ihre Samstage und Sonntage seit Jahren für die Kolportage der KPÖ-Zeitungen opfern und Sonntag für Sonntag beitragen, dass über 100000 Exemplare dieser Tageszeitungen verkauft werden. Keine andere Partei oder Organisation, nicht einmal die katholische Jugendorganisation ist in der Lage, solche Aktivisten zu erziehen und einzusetzen.

5. Die Unterschätzung der kommunistischen Gefahr ist ein weiterer Grund für das Wachsen der KPÖ. Es gibt in Österreich sogar massgebliche Politiker, die glauben, die Russen würden aus Liebe zu Österreichs Kultur auf ihr Hauptziel — «Weltrevolution» — verzichten. Eine wirklich gründliche Aufklärung des Volkes über den Kommunismus gibt es nicht in Österreich und wenn die Kommunisten durch ihre Verbrechen nicht selbst abstossend genug wirken würden, so würde man überhaupt den Kommunismus nicht ablehnen. Es ist in Österreich viel leichter, von den Nichtkommunisten Geldmittel für die KPÖ zu bekommen als Mittel zur Bekämpfung der KPÖ.

6. Ein weiterer Grund ist der Hochmut der führenden österreichischen Staatsmänner, die keine Kritik und Demokratie von Seiten wirklicher Patrioten dulden, von den Kommunisten sich aber jede Lüge und Verleumdung gefallen lassen. Heute sind wir in Österreich bereits so weit, dass die besten Leute den kommunistischen Lügen mehr glauben als den feigen Beteuerungen der Regierung. So hat die Regierung nie zu sagen gewagt, wie schlecht es eigentlich um Österreich steht. Freilich war sie dazu auch nicht gut in der Lage, denn nur ein kleiner Prozentsatz lebt heute luxuriöser als vor dem Krieg.

7. Die intensive und gründliche Schulungsarbeit der KPÖ ist ein anderer Grund für ihre zunehmende Festigung. Ohne

Unterbrechung sind die verschiedenen Parteischulen voll besetzt (8-Tage-, 14-Tage-, 5-Wochen-, 3-Monate-, 6-Monate- und 2-Jahres-Schulen). Es gibt keinen ZK-, Landesleitungs-, Bezirksleitungs-Funktionär mehr, der nicht eine höhere Parteischule absolviert hätte. Die andern Parteien zusammen haben nicht annähernd so viele geschulte Funktionäre wie die KPÖ. Auch die Mitglieder werden monatlich zweimal geschult, während die ÖVP-Mitglieder überhaupt jahrelang nicht unterrichtet werden.

8. Die Praktiken des SP-Ministers Waldbrunner (der leider zu raffiniert ist, um ihm seine Handlangerdienste für Russland nachweisen zu können) haben gerade in den verstaatlichten Betrieben zehntausende von Arbeitern dem Kommunismus in die Arme getrieben. Waldbrunner tut sonst nichts, als mit allen Mitteln die Privatwirtschaft untergraben. Dies geht so weit, dass er lieber den Russen Eisen liefert, als der österreichischen Privatwirtschaft! Arbeitsaufträge gibt Waldbrunner ebenfalls lieber den USIA-Betrieben als der Privatwirtschaft. Ein Grossteil der kommunistischen Erfolge bei den sich im Gange befindlichen Betriebswahlen sind Waldbrunner zuzuschreiben.

9. Die KPÖ ist ferner in der Lage, fast unerschöpfliche Geldmittel aufzuwenden. Während die ÖVP, die als Geldsackpartei verleumdet wird, oft nicht in der Lage ist, ihren wenigen hauptamtlichen Angestellten die Gehälter auszuzahlen, war die

KPÖ in der Lage, im Jahre 1951 mehr als hundert Millionen Schillinge aufzubringen. Auf ein Flugblatt der ÖVP kommen mindestens 10 der KPÖ. Mit der Zeit wirkt sich dieses Propaganda-Trommelfeuer doch auf hungrige Mägen aus.

10. Die Unterstützung durch 30% der österreichischen Polizei, darunter höchster Beamter, hilft der KPÖ ebenfalls sehr viel. Die Russen verhindern hier jede Besserung; sie erzwingen sogar die Neuaufnahme von Kommunisten in leitende Stellen der Staats- und Kriminalpolizei.

11. Die KPÖ hat weiter ein grosses Netz von geschulten Agenten über das ganze Land ausgesponnen und in allen Ämtern Vertrauensleute sitzen. Die KPÖ-Führung ist über alle Vorgänge weitaus besser informiert als die Regierung selbst. Die KPÖ kann deshalb viele Sabotageakte machen, ehe die Regierung überhaupt eine Ahnung von Vorgängen hat.

Eine organisierte Abwehr der kommunistischen Umtriebe gibt es in Österreich nicht, zumal gerade in der Staats- und Kriminalpolizei viele und verlässliche Kommunisten sitzen.

Aus den angeführten Gründen für das Wachsen der KPÖ ist ersichtlich, dass einige Gründe ausserhalb des österreichischen Einflussbereiches liegen, dass aber der grössere Teil der Gründe für das Wachsen der KPÖ von der österreichischen Regierung und insbesondere von Waldbrunner verschuldet ist, dass also theoretisch die Möglichkeit besteht, hier Besserung herbeizuführen.

Weltanschauung in der Exilpolitik

(Was wollen die tschechischen Exilpolitiker?)¹⁾

Die Tschechoslowakei als der zeitlich letzte Staat, der dem Bolschewismus anheim gefallen ist, hat, wenn man von den Polen mit ihrer «Anders»-Armee absieht, die zahlenmässig stärkste politische Emigration zu verzeichnen. Es scheint, dass sie auch in der Zahl der verschiedenen Körperschaften im Exil, die die «freie Tschechoslowakei» vertreten wollen, führend ist. Die repräsentativen Körperschaften lassen sich prinzipiell in zwei Kategorien einteilen. Die erste Gruppe umfasst jene, welche die Tschechoslowakei, so wie sie unmittelbar vor dem kommunistischen Putsch des Februars 1948 bestanden hat, wiederhaben möchten, und sich auf Grund ihrer seinerzeitigen diplomatischen, politischen oder kulturellen Tätigkeit zu ihrer Vertretung berufen glauben. In die zweite Gruppe kann man jene antikommunistischen Körperschaften einreihen, die auf Grund ihrer Erfahrungen mit der tschechoslowakischen Politik vor dem Kriege, während des Krieges und nachher entweder eine vollkommene Umbildung der Tschechoslowakei oder die Schaffung neuer Staatsgebilde auf dem gegenwärtigen tschechoslowakischen Gebiet ins Auge fassen.

Die Einteilung hat natürlich nicht nur einen politischen, sondern auch einen weltanschaulichen Unterbau: Gruppe 1 ist logischerweise von Elementen sowohl humanistisch-freimaurerischer wie auch sozialdemokratischer Konzeptionen bestimmt, wie solche dem Masaryk-Benesch-Staat schon bei seiner Gründung als Paten zur Seite gestanden haben, während sich in der Gruppe 2 viele wertvollste traditionelle, abendländische, konservative, christliche Kräfte mit anderen zusammengespant sehen, deren Antikommunismus aus unchristlichem, für uns unakzeptablem Gedankengut gespeist wird.

1. Politiker der Restauration

Die erste Idee, das heisst die Idee der Kontinuität der tschechoslowakischen politischen Leitung vor der Gleichschaltung

durch die Kommunisten im Februar 1948 und ihre Fortsetzung im Ausland, vertreten: Der «Rat der freien Tschechoslowakei» und das «Nationale Komitee für eine freie Tschechoslowakei»; beide Gruppen haben ihren zentralen Sitz in Washington. Entstanden sind sie durch Spaltung des «Rates der freien Tschechoslowakei», in welchem ursprünglich alle ins Ausland gelangten Personen des Benesch-Regimes vereinigt gewesen sind, um einige wenige andere, wie den langjährigen tschechoslowakischen Gesandten in Paris und Gegner Beneschs, Stefan Osusky, und den agrarischen Innenminister vor 1938, Josef Cerny, vermehrt. Der ursprüngliche «Rat der freien Tschechoslowakei» wurde zum Jahrestag des kommunistischen Putsches, am 25. Februar 1949, in Washington gegründet. Seine Organisation bestand aus einer engeren Exekutive von 12 Personen, einem weiteren Kabinett von 18 Personen und rund 180 Mitgliedern, die so etwas wie ein Parlament der Tschechoslowakei im Exil darstellen sollten. Vorsitzender des «Rates der freien Tschechoslowakei» wurde Dr. Petr Zenkl, Obmann der Benesch-Partei und früherer stellvertretender Ministerpräsident. Mit Dr. Hubert Ripka, dem früheren Aussenhandelsminister und engen Mitarbeiter Beneschs und Jan Masaryks während der Zeit der Londoner Exilregierung 1940—1945, mit Arnost Heidrich, dem langjährigen Sekretär Beneschs zur Zeit des Völkerbundes und späteren Generalsekretär des Prager Aussenministeriums, sowie mit Osusky verfügte der Rat über eine Reihe von Leuten mit grossen internationalen Beziehungen, die es verstanden, das Interesse der Welt am tragischen Schicksal der Tschechoslowakei nicht schwinden zu lassen. Ausser der Zentrale in Washington gründete der Rat regionale Organisationen in London und Paris, deren Vorsitzende der frühere sozialdemokratische Versorgungsminister Václav Majer, respektive Dr. Ripka, waren.

Während der zwei Jahre seines Bestehens in der ursprünglichen Form litt der «Rat der freien Tschechoslowakei» vor allem daran, dass immer wieder politische Persönlichkeiten aus der Tschechoslowakei im Ausland auftauchten (und in den Rat

¹⁾ Vgl. «Orientierung» 1951, Nr. 16 u. 17.

aufgenommen zu werden wünschten), welche Parteien angehörten, die es wohl vor 1938, aber nicht mehr nach 1945 gegeben hatte, namentlich Leute aus der früheren bürgerlich-liberalen Partei der Nationaldemokraten und der Gewerbe-Partei. Seitens der leitenden Persönlichkeiten des «Rates der freien Tschechoslowakei» war die Tendenz festzustellen, Vertreter solcher Parteien nicht zuzulassen und prinzipiell eine linke Mehrheit in der Zusammensetzung der Exekutive und des weiteren Kabinetts zu verewigen. Diese Tendenz stiess namentlich in der Organisation des regionalen Pariser Rates auf heftigen Widerstand, ein Widerstand, der sich nicht zum geringsten auch gegen die Person des dortigen Vorsitzenden Dr. Ripka richtete, welcher den grössten Teil des Jahres nicht in Paris weilte. Als in Paris Neuwahlen stattfanden und statt Ripka, dem Vertreter der Volkssozialistischen Partei Beneschs, ein Bürgerlicher gewählt wurde, widersetzten sich Ripka und die führenden Köpfe des Rates in Washington dieser Wahl, indem sie erklärten, das 1949 besprochene Zahlen-Verhältnis innerhalb der Vertretungen der einzelnen Parteien an führenden Stellen dürfe nicht umgestossen werden. Ein zweites Problem, an dem der «Rat der freien Tschechoslowakei» vornehmlich laborierte, war das der Proportion der Slowaken innerhalb der Körperschaft. Bei den Verhandlungen des Jahres 1949 hatten die Slowaken durchgesetzt, zahlenmässig nicht nur entsprechend dem Zahlenverhältnis der Slowaken zu den Tschechen im Lande selbst, also ungefähr 1 zu 2, vertreten zu sein, sondern vielmehr 1 zu 1. Diese Statuierung rief im Lauf der Zeit immer wieder tschechische Widersprüche hervor, weil irgend ein logischer Grund dafür nicht gefunden werden konnte. Die Slowaken operierten bei den Verhandlungen und Besprechungen immer wieder mit dem Argument, dass sie für ihr treues Festhalten an der Idee eines einheitlichen tschechoslowakischen Staates eine Kompensation erhalten müssten, um jener Mehrheit von slowakischen Politikern im Exil und in der Heimat, die Anhänger des Gedankens einer künftigen Loslösung der Slowakei aus dem tschechoslowakischen Staatsverbände sind, einen sichtbaren Beweis für das Entgegenkommen der Tschechen zu bieten.

Eine mehrwöchige Delegiertentagung in Washington im Januar 1951 schloss nicht mit einer Bereinigung der Probleme, sondern mit einem klaren Schisma. Führender Kopf des Schismas war just Dr. Petr Zenkl, der sich an die Spitze der neuen Körperschaft, des «Nationalen Komitees für eine freie Tschechoslowakei», stellte. In dem Communiqué, das er der Weltpresse mitteilte, hiess es, er mit seiner Gruppe habe verlangt, dass die politische Tätigkeit im Exil nicht auf der Grundlage politischer Parteien ausgeübt werden solle: Die Mitglieder sollten nur ihrem eigenen Gewissen und dem Volk in der Heimat verantwortlich sein. Ferner sei es unmöglich gewesen, in der Frage der Besetzung der verschiedenen Ämter zu einer Einigung zu gelangen. Der frühere Erziehungsminister Dr. Jaroslav Stransky (Benesch-Partei) erklärte am 28. Januar 1951, dass die vom Vorsitzenden des Rates, Dr. Zenkl, geführte Gruppe ihre Arbeit auf neuer Grundlage fortsetzen werde. Diese Gruppe habe das «Nationalkomitee für die freie Tschechoslowakei» gegründet, das in Hinkunft den Kampf für die Befreiung der Tschechoslowakei und ihre Wiedergeburt im Sinne T. G. Masaryks führen wolle.

Dem neuen Nationalen Komitee gehören nun neben Zenkl an: die früheren Minister Brdlik, Feierabend, General Hasal, Kocvara, Ripka und Stransky; der ehemalige Senator Vojta Benesch (Beneschs ältester Bruder); die ehemaligen Botschafter Nosek und Papanek; die ehemaligen Abgeordneten Blaho, Diezka (slowakische Freiheitspartei), Firt, Klimek (der frühere Generalsekretär der katholischen Volkspartei), Krajina, Pavel, Sliva, Sedmik und Zak; ferner die Vorsitzenden der tschechischen Turnerorganisation «Sokol» Hrebik und Frau Provazniková. Der «Rat der freien Tschechoslowakei» hat sich bemüht, das entstandene Schisma offiziell nicht zur Kenntnis

zu nehmen. Er hat sein Weiterbestehen erklärt und betont, dass den Dissidenten ihre Plätze immer reserviert bleiben. An der Spitze des «Rates» steht gegenwärtig der Sozialdemokrat Václav Majer, der in London residiert; den Verkehr mit den Amerikanern in Washington besorgt Josef Lettrich (slowakischer Demokrat) als Vizepräsident. Führende Persönlichkeiten des Rates sind weiter Heidrich, Osusky, der frühere tschechoslowakische Botschafter in Washington Slávik, Josef Cerny, der katholische Volksparteiler und frühere Gesundheitsminister Procházka und der Journalist Ferdinand Peroutka. Peroutka vertritt die tschechoslowakische Emigration im «Committee for a free Europe»; Cerny ist Mitglied des Zentralkomitees der «Union internationale Paysanne». Der Wunsch des State-Department in Washington, die beiden Körperschaften möchten sich wieder einigen, hat bis jetzt keinen Erfolg gehabt. Ihre Tätigkeit ist praktisch gleich null, wenn man von der Herausgabe des monatlichen Bulletins des «Rates der freien Tschechoslowakei» absieht. Peroutka hat seine ursprüngliche Idee, alle demokratischen Tschechoslowaken im Exil durch eine unpolitische und überparteiliche Organisation, «Demokratischer Masaryk-Verband», zu vereinigen, wieder fallen gelassen. Eine eigene Initiative in der Linie, das Erbe Masaryks und Beneschs zu bewahren, zeigt Minister Stransky, der in London gemeinsam mit Beneschs letztem Kanzler, Jaroslav Smutny, ein «Eduard-Benesch-Institut» gegründet hat.

Der Einfluss der katholischen Politiker innerhalb der beiden tschechoslowakischen Freiheitsgruppen «Rat der freien Tschechoslowakei» und «Nationales Komitee für eine freie Tschechoslowakei» ist minimal. Man begegnet dem einen oder andern von Zeit zu Zeit bei den Zusammenkünften der «Nouvelles Equipes Internationales»; doch fehlt ihren gutgemeinten Bestrebungen jegliche Unterstützung seitens der Mächtigeren dieser Gruppen, die ihre tiefinnere Fremdheit, ja Feindseligkeit gegenüber der Kirche heute nur aus taktischen Gründen — d. h. wegen der grossen Popularität der Kirchenfürsten im Land, die sich dem Kommunismus so konsequent und furchtlos entgegenstellen — zu verschweigen pflegen. Für ihr absolutes Verkennen jeglichen übernatürlichen Wertes der Kirche ist beispielsweise eine Äusserung Ripkas bezeichnend, Erzbischof Beran bedeute gegenwärtig für die tschechische Nation das gleiche, das einst für sie — Johannes Hus bedeutet habe... Die Zeitschrift der Katholiken tschechischer Abstammung in den Vereinigten Staaten, der von den Benediktinern in Lisle bei Chicago herausgegebene «Katolik», kritisierte im April 1949 die programmatischen Erklärungen des damals noch einheitlichen «Rates der freien Tschechoslowakei» und betonte, dass weder das Programm noch die Zusammensetzung dieses «Rates» der Bedeutung der katholischen Bevölkerung in der Tschechoslowakei gerecht werde: vor allem fehle es auch an einer entsprechenden Zahl katholischer Slowaken in diesem «Rat». Es hiess in der Zeitschrift wörtlich: «Unser Volk verlangt zurück zu Gott und zum Evangelium Christi, auch wenn seine Auslandsvertreter es unterlassen, davon zu sprechen...»

Die Bemühungen um Wiedervereinigung des «Rates» mit dem «Nationalen Komitee für eine freie Tschechoslowakei» haben zu Äusserungen darüber geführt, was beiden Körperschaften im Programm unstreitig gemeinsam sei. General Smetánka hat im Juli-Bulletin des «Rates» dieses Gemeinsame — das freilich im Widerspruch zu jeder christlichen Auffassung der Frage von Recht und Unrecht und der Probleme der europäischen Zukunft steht — so formuliert: «Wir fordern einen gemeinsamen einheitlichen tschechoslowakischen Staat zumindest in den Grenzen von 1938 (vor dem Münchner Vertrag — und die dauernde Aussiedlung der Deutschen, die nach dem zweiten Weltkrieg durchgeführt worden ist...»

Fortsetzung folgt.

Ex urbe et orbe

Lockerung des Zölibates?

Die Priesterweihe des früheren evangelischen Pfarrers und Oberregierungsrates in der Kirchenabteilung des hessischen Kultusministeriums Rudolf Goethes in Mainz durch Bischof Dr. Albert Stohr (22. Dezember 1951) hat unter der katholischen Bevölkerung nicht weniger Aufsehen erregt als sie in protestantischen Kreisen staunende Verwunderung hervorgerufen hat. Was in der lateinischen Kirche viele praktisch für unmöglich hielten, dass nämlich ein verheirateter Pastor zum katholischen Priester geweiht wird mit der ausdrücklichen Erlaubnis, die vor der Konversion gültig geschlossene Ehe weiterzuführen, ist nun doch möglich geworden. Die gewisse Verwirrung des katholischen Volkes und das verwunderte Staunen protestantischer Kreise beweisen aber, dass der Entschluss Roms ein kühner war. Der Eindruck, dass mit diesem «einen Fall» ein in der abendländischen Kirche verschlossenes Tor aufgestossen wurde und also etwas Neues und Grundsätzliches geschah, ist vollauf berechtigt. Bis anhin sahen sich die getrennten evangelischen Brüder, die von Berufs und Amtes wegen im «priesterlichen» Dienst des Evangeliums Jesu Christi standen und im Laufe ihres apostolischen Lebens sehnsuchtsvoll auf die katholische Kirche zukamen, vor die unlösbare Paradoxie gestellt: Wollten sie katholisch werden, so mussten sie ihr Amt und zwar nicht nur ihr Amt in der evangelischen Kirche — was sich von selbst versteht —, sondern überhaupt ihr Predigtamt, ihr Hirteisein aufgeben. Denn es gab für die in gültiger Ehe lebenden Pastoren keine Möglichkeit, Priester zu werden ohne Trennung von der Frau. Und von ihr wollten oder konnten sie sich ohne Einverständnis der Frau, der sie vor Gott das Jawort gegeben, «bis dass der Tod sie voneinander scheidet», nicht trennen. Und doch hätten diese zum Dienst am Evangelium Christi Berufenen und in leidvollem Ringen sich zur ganzen Wahrheit Zurückgefundenen in den meisten Fällen gerade Seelsorger sein wollen. Die Verantwortung für ihre Glaubensbrüder «draussen» brannte den Heimgefundenen erst recht auf der Seele. Es steht auch ausser Zweifel, dass ihr eigener Lebensweg die beste Voraussetzung geboten hätte, wertvollste Mitarbeit zu leisten an der grossen und schwierigen Aufgabe der Wiedervereinigung der getrennten Christen in der einen Kirche.

Durch die Entscheidung Roms ist endlich der Weg geöffnet worden, dass auch verheiratete evangelische Pastoren, die zur Kirche kommen, als geweihte Priester an den Altar treten, das Wort Gottes verkünden — und dabei weiterhin in der ehelichen Gemeinschaft verbleiben dürfen. Rudolf Goethe ist ja bereits nicht mehr der «einzige Fall». Ein weiterer evangelischer Pfarrer, der in den besten Mannesjahren steht und dessen Ehe mit drei Kindern gesegnet ist, bereitet sich ebenfalls im Mainzer Priesterseminar auf die Priesterweihe vor, nachdem Rom die gleiche Erlaubnis gegeben. Einige andere Fälle sind noch nicht öffentlich bekannt gegeben worden. (Die Behauptung der evangelischen Zeitschrift «Die Kirche», dass der konvertierte Pfarrer Goethe, der natürlich als Beispiel für die folgenden Fälle genommen wird, «in absehbarer Zeit keine seelsorgerliche Aufgabe» übernehmen werde, ist vom Regens des Mainzer Priesterseminars, J. M. Reuss, sofort kategorisch verneint worden. — Eine offene Frage bleibt möglicherweise die Beichtjurisdiktion!)

So sensationell, wie manche katholische und nichtkatholische Kreise es meinten, ist der Schritt Roms freilich nicht. Wenn manche die Ehelosigkeit der Priester sozusagen für ein unaufgebbares Gesetz betrachteten — so unwandelbar wie die Dogmen des Glaubens — dann war das ein Urteil, das auf mangelnder biblischer und geschichtlicher Kenntnis beruhte. Aus dem Neuen Testament und den Geschichtsquellen der

Urkirche wird klar, dass es verheiratete Bischöfe, Priester und Diakone gab. In seinem Hirtenbrief an Timotheus gibt der Apostel Paulus die Mahnung: «Der Bischof soll nur einmal verheiratet sein» (1 Tim 3,2). Seit Jahrhunderten wird den mit Rom vereinigten Priestern des östlichen Ritus — es sind heute mehrere Hundert — die Ehe erlaubt, nur muss die Ehe vor der Weihe eingegangen sein. (Wer einmal geweiht ist, kann auch in der nicht-unierten orientalischen Kirche keine Ehe mehr eingehen. Die Bestrebungen der griechisch-orthodoxen Kirche, wenigstens den Priestern, die ihre Frau durch den Tod verloren, die Eingehung einer neuen Ehe zu gestatten, sind allerneuesten Datums.) Im Jahre 1944 wurde in Wien der in ökumenischen Kreisen weit bekannte Dr. J. Casper, der der lateinischen Kirche angehörte und verheiratet war, von Kardinal Innitzer zum Priester des griechisch-unierten Ritus geweiht, mit der ausdrücklichen Erlaubnis Roms, die Ehe weiterzuführen. Der Zölibat der Priester des lateinischen Ritus ist kirchliches Gesetz. Die Kirche gibt darum kein Jota ihres Glaubens preis, wenn sie um der persönlichen Sehnsucht von Menschen nach dem Priestertum und um der Wiedervereinigung der Christen willen dieses heilige Gesetz «durchbricht» und die «orientalische Lösung» zulässt.

Die «Durchbrechung» in der lateinischen Kirche bleibt aber eine Ausnahme. Der Hl. Vater hat darum jeden einzelnen Fall sich persönlich vorbehalten. Es ist in keiner Weise an dem, dass an dem Zölibat der Priester in der abendländischen Kirche nun gerüttelt wird. «Es geht», wie Bischof Stohr zur Priesterweihe R. Goethes im Mainzer Dom ausführte, «nicht um die Aufhebung des priesterlichen Zölibates, nicht um deren Anbahnung, ja nicht einmal um seine innere Auflockerung.» Das Wort eines Benedikt XV. bleibt ganz und gar bestehen: Die lateinische Kirche wird das Zölibatgesetz, aus dem «ein grosser Teil ihrer Stärke und ihres Glaubens strömt», weder abschaffen noch mildern. Aus dem Rat Christi heraus hat sich die westliche Kirche schon früh dafür entschieden. Seit der Synode von Elvira um 300 wurde den verheirateten Klerikern, die den Altardienst versahen, die eheliche Enthaltbarkeit zur Pflicht gemacht. (Der Versuch, diese Vorschrift auf dem Konzil von Nicäa 325 auf die ganze Kirche auszudehnen, scheiterte; doch wurde der freiwillige Verzicht auf den Gebrauch der ehelichen Rechte auch in der morgenländischen Kirche immer allgemeiner, den Bischöfen sogar zur Pflicht gemacht!) Seit dem 6. Jahrhundert wurde die Eheschliessung nach Empfang der höheren Weihen unter Strafe der Exkommunikation, seit dem 2. Laterankonzil 1139 unter Nichtigkeitserklärung der Ehe verboten. Wenn heute in der lateinischen Kirche ein verheirateter Mann Priester werden will, so wird nach allg. Kirchenrecht folgendes verlangt: 1. der Mann muss mit Zustimmung der Frau die eheliche Gemeinschaft aufgeben. 2. Rom muss Dispens erteilen. — Aber weit bevor der Zölibat der Priester Gesetz war, hatten weite Kreise des höheren Klerus ihn geübt und hatte das Volk selbst sich für ihn entschieden, indem es immer mehr bei der Wahl diejenigen Männer bevorzugte, die, ohne an das Priestertum zu denken, um der vollkommenen Nachfolge Jesu willen die Jungfräulichkeit erwählt hatten. Sie boten die beste Gewähr dafür, dass sie nach des Apostels Wort «ungeteilt dem Herrn dienen» (cf. 1 Kor 7,25-35). Allen Versuchen, die Priesterehe einzuführen, gleichviel von wem sie ausgingen, von den Reformatoren, den Aufklärungstheologen, den Altkatholiken, hat die Kirche ihr entschiedenes Nein entgegengestellt. So unbestreitbar auch die Werte einer Priesterehe sein mögen, sie reichen nicht heran «an die innere Würde und Verpflichtung, welche die ausschliessliche Bindung an den Herrn bedeutet, der würdig ist, dass ihm alles gegeben werde» (Eugen Walter).

A. Ebnete

Zu: *Bischof Ancel und der Präventivkrieg*

Wir haben in der letzten Nummer der «Orientierung» einen informatorischen Bericht über die Äusserungen des Weihbischofs von Lyon, Msgr. Ancel, zur Frage des Präventivkrieges gebracht. Die Ansichten von Msgr. Ancel sind — wie zu erwarten war — nicht unangefochten geblieben. Msgr. Ancel liebt ja die pointierten Formulierungen und will durch sie offenbar zum Widerspruch reizen, um gerade dadurch seine Frage einem manchmal abgestumpften Publikum als brennend vorzulegen und Stellungnahmen herauszufordern. Auch wenn Msgr. Ancel den modernen Totalkrieg und die Atomwaffen im Auge hat, wenn er seine Ablehnung selbst des Befreiungskrieges betont, so ist die grundsätzliche Frage doch keineswegs einfach. Bevor wir in einem eigenen Beitrag zu diesem heiklen Problem Stellung beziehen, möchten wir hier zur informatorischen Ergänzung auch einige Pressestimmen zitieren, die sich deutlich gegen Msgr. Ancels Äusserungen aussprechen.

Die Pariser katholische Tageszeitung *La Croix* brachte, ohne auf den Artikel des Bischofs einzugehen, eine längere Betrachtung zur Frage des gerechten Krieges. Der Verfasser verurteilt den totalen Krieg und die Taktik der «verbrannten Erde», erhebt aber die Frage nach dem Recht einer Nation, einen Krieg zu beginnen, um ein unterdrücktes Volk von der Tyrannei zu befreien. Unter Hinweis darauf, dass es durchaus möglich sei, dass eine starke Nation schwache Völker unterdrücke und diese in einer solchen Masse nicht nur ihrer politischen Freiheiten, sondern auch ihrer unveräusserlichen Menschenrechte beraube — was als ein ständiges Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen werden müsse —, fragt

der Verfasser: «Würden sich andere Nationen dann nicht verpflichtet fühlen, kraft der internationalen Solidarität die Wiedereroberung dieser Rechte zu sichern, selbst mit Waffengewalt, wenn sie alle anderen Mittel erschöpft haben?» Der Krieg habe früher darin bestanden, dass man Grenzen verletzt, Gebiete annektiert und Güter geraubt habe, während heute weniger die Grenzen verletzt, sondern häufiger die Gewissen verletzt würden. Hinsichtlich der Verletzung der Gewissen gebe es aber keinen Kompromiss, die moralischen Prinzipien zur Beseitigung von Tyrannen im nationalen Bereich stünden fest. «Können diese Prinzipien nicht auch im internationalen Bereich angewandt werden, wenn einmal eine Gemeinschaft der Nationen gebildet ist?»

Der Pariser *Figaro* führt einen «bedeutenden Theologen» an, der die Auffassung vertritt, die allgemeine Haltung einer ausländischen Macht könne den Beweis für ihre feste Absicht geben, einen bewaffneten Konflikt vom Zaun zu brechen. «In diesem Fall kann eine Kriegserklärung der sich bedroht fühlenden Nation — nachdem sie alle anderen Versöhnungsmittel erschöpft hat — ein rechtmässiger Weg zur Vermeidung eines imperialistischen Krieges sein, der immer verbrecherisch ist.»

Le Monde bringt einen langen Brief eines hohen Beamten im Aussenministerium, in dem darauf hingewiesen wird, die von Msgr. Ancel angeführten Beispiele seien irreführend. Frankreich sei durch ein reines Verteidigungsbündnis an die USA gebunden, während der russisch-französische Vertrag aus dem Jahre 1944 Frankreich verpflichte, an einem Präventivkrieg gegen Deutschland teilzunehmen, falls Russland zur Vermeidung einer Aggression in Deutschland einfallen sollte.

Buchbesprechungen

Bücher der Besinnung

Im Schatten des Kirchturms. Stille Erlebnisse von *Karl Pflger* (Ferd. Schöningh-Paderborn, 4. Auflage 1952). In diesen kurzen aber köstlichen Meditationen wird der Leser aus dem Lärm des Tuns in die Stille des Seins zurückgeführt. In der gesunden Atmosphäre des christlichen Dorfes, wo die Menschen noch in vertrauter Verbindung mit der Natur, ihrem Wachsen, Blühen und Vergehen leben, wo die Selbstverständlichkeit des Gottesglaubens noch nicht zur Diskussion gestellt ist, da findet die fragende und irrende Seele sich selbst wieder und ihre ewige Bestimmung in dieser Welt. Peter Wust schrieb 1935 über dieses Buch an den Verfasser: «Ihre Dorfmeditationen machen es deutlich, dass man um so fester sich an Christus binden wird, je natürlicher man sich dem Sein hingibt, sich vom Sein beglücken lässt.»

Das andere Buch von *Pflger*, *Die reichen Tage* (Regensburg-Münster 1951), benötigt nicht die Stille dörflicher Kultur und Ursprünglichkeit, um den Menschen zum besinnlichen Nachdenken zu bringen. Es trägt das Licht und die unverbrauchte Kraft der christlichen Heilsbotschaft mitten in die geistige Problematik des heutigen Lebens hinein. Der Verfasser selber sieht in diesen gesammelten Aufsätzen eine Art öffentlichen Tagebuches, «in dem ich mir (und anderen) Klarheit zu schaffen versuchte über das Verhältnis von christlichem Mysterium zu jenem Aspekt der Lebenswirklichkeit, die sich mir, angenehm, beunruhigend oder peinigend, am stärksten aufdrängte». Seine Verkündigung der Geheimnisse von Weihnachten, Ostern und Allerheiligen offenbart ein reiches Herz, das die Bedrängnisse des modernen Menschen aus tiefstem Miterleben versteht, einen reifen Geist, dem keine wichtige Äusserung des zeitgenössischen Denkens verborgen geblieben ist. Und dies wird ihm das Vertrauen auch des anspruchsvollen Lesers sichern.

Von ganz anderer Art, aber deshalb nicht weniger wertvoll, ist ein Büchlein mit dem Titel *Kleines Lesebuch* aus den Schriften von *Josef Pieper* (Kösel-Verlag, München 1951, 2. erweiterte Auflage). Wer in den kristallklaren Wassern philosophischen Denkens für seine Seele Ruhe und Erquickung sucht, wird mit grossem Gewinn lesen, was der bekannte katholische Philosoph von den Tugenden des menschlichen Herzens zu sagen hat. Wahrscheinlich wird der Leser auf diese Lektüre hin den Wunsch in sich spüren, nach den Schriften zu greifen, denen die aus-

gezeichnet zusammengestellten Texte entnommen sind. Diesen Wunsch sollte er sich nicht unerfüllt lassen.

Da unser ganzes Leben ein Advent ist, darf hier auch nach der Weihnachtszeit das Büchlein von *Idelfons Betschart* OSB erwähnt werden: *Das heilende Warten.* Ein Büchlein vom Bereitwerden für die Christnacht und den Christentag (Rex-Verlag, Luzern 1951). Was sein Verfasser mit warmem Herzen und in ansprechender Form zur Besinnung eines jeden Adventstages geschrieben hat, verdient auch unter dem Jahr gelesen zu werden. Denn er möchte damit die ruhelos gewordenen Seelen zum sinnenden Stillehalten bringen, ihnen die Werte hoffnungsvollen christlichen Warten-Könnens aufzeigen und sie behutsam diese in unserer Zeit so rar gewordene Kunst von neuem lehren.

Ein echtes Buch zu stiller Besinnung ist schliesslich *Hans Werner Hegemanns Trost der Kunst* (Verlag Josef Knecht, Carolusdruckerei, Frankfurt a. M. 1951). Es ist ein Versuch, an Hand sorgfältig ausgewählter und erklärter klassischer Bildwerke eine Sinnggebung der Kunst fruchtbar zu machen, die bisher arg vernachlässigt worden sei: «Die Kunst als Seelsorgerin, als Heilerin in schwerster Zwischenzeit.» Die Aufgabe der Kunst soll befreit werden aus dem Ghetto der ästhetisierenden Kritik und des stillen Genusses des Kenners. Sie muss wieder in den allgemeinen Dienst der Menschen gestellt werden: zur Läuterung und Bereicherung der Seele, letztlich zur Bereitung des Herzens für Gott. In unserer Zeit der sich jagenden Sinneseindrücke ist eine solche Anleitung zum fromm verweilenden Schauen ganz besonders zu begrüssen. Stö.

Leoni Don Aldo: Sociologia e geografia religiosa di una Diocesi. Saggio sulla pratica religiosa nella diocesi di Mantova, Università Gregoriana, Roma 1952.

Das neue Sozial-Institut (Istituto Scientiarum Socialium) der Päpstlichen Gregorianischen Universität legt hier die erste grössere Dissertation vor, eine Arbeit der vor allem von Löwen aus gepflegten «religiösen Soziologie». Diese will mit den Mitteln der modernen Bevölkerungswissenschaften möglichst genaue Bestandaufnahmen bestimmter Gegenden, sozialer Schichten usw. im Hinblick auf die religiöse Lebensauffassung und -praxis machen, um so der Seelsorge neue Unterlagen für ihr Wirken zu verschaffen. Dabei wird besonderer Wert darauf gelegt

Wir legen dieser Nummer unsern Einzahlungsschein bei mit der freundlichen Bitte, damit das Abonnement auf unser Postcheck-Konto zu überweisen. Abonnenten, die für das laufende Jahr bereits bezahlt haben, wollen den Einzahlungsschein unbeachtet lassen. Die **neuen Abonnementspreise**, von deren unvermeidlichen Erhöhung wir Sie bereits in Kenntnis gesetzt haben, finden Sie auf dieser Seite.

Zum voraus danken wir allen Lesern, die uns mittelst beiliegender, portofreier Geschäftsantwortkarte **Adressen** zum Versand von Probenummern vermitteln, wie auch jenen, die uns Spesen und Mühe durch rechtzeitige Begleichung des Abonnements ersparen. Die Administration.

möglichst alle jene natürlichen Faktoren (soziale Umwelt und Struktur, politische Gegebenheiten usw.) zu erfassen, die und sofern sie auf Glauben und Sitten der betreffenden Menschen Einfluss haben.

Die vorliegende Studie befasst sich in dieser Weise (die man vielleicht eher nach deutschem Sprachgebrauch Soziographie statt Soziologie nennen sollte) mit den religiösen Verhältnissen in der Diözese Mantua. Mit grosser Sorgfalt und eingehendem Fragebogen werden die einzelnen Pfarreien nach ihren sozialen und religiösen Gegebenheiten untersucht und deren gegenseitige Bedingtheiten dargestellt. Wir sind überzeugt, dass erst solche Studien, vor allem in romanischen Ländern, manchem Pfarrer und manchem kirchlichen Amt echte und unverblümete Auskunft über den wahren Stand des Christentums und vor allem der Entchristlichung und deren Hintergründe zu geben vermögen.

Sie sollten aber nach zwei Seiten hin ergänzt werden. Einmal nach der historischen Seite hin. Kein Mensch ist aus seiner Gegenwart allein zu begreifen. — Ferner, und das scheint nach allen Erfahrungen statistischer Untersuchungen sich zu erweisen: neben den Durchschnittswerten grösserer Zahlenreihen müssen stichprobenweise möglichst genaue Einzelaufnahmen gemacht werden. Sie sind bei unvoreingenommenem weitem Blick meist ebenso lehrreich und noch viel lehrreicher als grosse Massenuntersuchungen. Es müssten in einer grösseren Stadt z. B., oder auch in einigen Dörfern, ein paar Dutzend einzelne Familien nach ihrer religiösen Herkunft und Entwicklung eingehend untersucht werden. Wir sind uns bewusst, dass hier zwar gewisse Grenzen gesetzt sind; aber die Schwierigkeiten dürften doch nicht unüberwindlich sein. Die Sozialen Frauenschulen der Schweiz und in manchen deutschen Städten haben hier ganz ausgezeichnete Leistungen vollbracht, die zeigen, welche tiefen Einsichten diese Methode zu zeitigen vermag. Diese Einzelergebnisse müssen dann freilich noch mit den grösseren zahlenmässigen Untersuchungen verglichen werden, um die Sicherheit zu geben, der reinen Zufälligkeit enthoben

zu sein. Andererseits geben gerade solche Einzeluntersuchungen oft erst den Anstoss, grössere Massenuntersuchungen nach neuen Rücksichten hin vorzunehmen.

Auf alle Fälle aber ist das Bemühen sehr zu begrüssen, über die bloss allgemeinen Eindrücke hinaus zu konkreten und sauberen Ergebnissen gerade auch auf pastorellem Gebiet zu gelangen, und darüber hinaus, wie es das besondere Anliegen dieser «religiösen Soziologie» ist, zu versuchen, die Beziehungen zwischen sozialen und religiösen Entwicklungen aufzuzeigen. J. David.

Premm Matthias: Katholische Glaubenskunde. I. Band. Gott der einwesentliche und dreipersönliche Schöpfer des Alls, Herder, Wien, 1951.

Vorliegende kath. Glaubenskunde ist aus Vorlesungen an der theologischen Fakultät in Salzburg während zweier Jahrzehnte herausgewachsen und will ihrer ganzen Anlage nach nichts anderes sein, als ein solides Lehr- und Lernbuch. Sie bietet in drucktechnisch übersichtlicher Form und in deutscher Sprache eine Glaubenslehre, die in Aufbau und Form sich ganz eng an die übliche Schuldogmatik hält, leider auch von ihrer Trockenheit etwas mitbekommt. — Theologisch interessierten Laien wird sie ein willkommenes Nachschlagewerk sein, das auf die verschiedensten Fragen des Glaubens ausführend und klar die geläufige Antwort der Theologen gibt. Der erste Band (das ganze Werk ist auf vier Bände berechnet) behandelt nach einer kurzen Einführung über Dogmatik die Lehre über «Gott den einwesentlichen und dreipersönlichen Schöpfer des Alls». Eb.

Abonnementspreise ab 1. Januar 1952:

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins, Zürich 1, Auf der Mauer 13, Tel. (051) 28 54 58.

Abonnement- und Inseratenannahme: Administration «Orientierung», Zürich 1, Auf der Mauer 13, Tel. (051) 28 54 58, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Jährl. Fr. 11.60; halbjährl. Fr. 6.—. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. — Belgien-Luxemburg: Jährl. bfr. 170.—. Bestellungen durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Van Mierlo & Co., Banquiers, Bruxelles, Comptes Chèques Postaux 7677. — Deutschland: Jährl. DM 11.60; halbjährl. DM 6.—. Einzahlungen an Pfarramt St. Kunigund, Scharrerstr. 32, Nürnberg, Postcheckkonto Nürnberg 74760, «Sonderkonto Orientierung». — Dänemark: Jährl. Kr. 22.—. Einzahlungen an P. J. Stäubli, Hostrupsgade 16, Silkeborg. — Frankreich: Einzahlungen an Mr. Wolf Pierre, Illfurth Ht/Rh., c/o. No. 86047 Strasbourg. — Oesterreich: Jährl. Sch. 30.—. Einzahlungen an Creditanstalt-Bankverein, Filiale Feldkirch, Scheckkonto 65.707.

 **VENTILATOR AG. Stäfa ZH**
Telephon (051) 93 01 36
**KIRCHENHEIZUNGEN
RAUMLÜFTUNGEN**

BURCH — KORRODI
JUWELIER SWB BAHNHOFSTRASSE 44 ZÜRICH TEL 23 72 43
Schmuck - Tafelsilber - kirchl. Geräte

Neuerscheinung:

WILHELM DE VRIES S. J.

**DER CHRISTLICHE OSTEN
IN GESCHICHTE UND GEGENWART**

264 Seiten, Leinen Fr. 18.60, kart Fr. 16.55

Der antichristliche Osten ist heute bis ins Herz Europas vorgestossen. Damit ist auch der christliche Osten viel stärker als bisher in unser Blickfeld getreten. Ihn in seiner verwirrenden Vielgestaltigkeit zu begreifen, dem will das vorliegende Buch dienen.

Es bietet zunächst einen gedrängten Ueberblick über das geschichtliche Werden der Ostkirchen, vor allem in ihrer Beziehung zu Rom und Konstantinopel. Zum erstenmal ist hier von katholischer Seite im deutschen Sprachgebiet der Versuch gemacht, in einer Zusammenschau, in klarer gemeinverständlicher Weise, die bunte Mannigfaltigkeit der Ostkirchen dem westlichen Christen nahe-zubringen.

Im zweiten Teil behandelt der Verfasser die jüngste Geschichte und die gegenwärtige Lage der Ostkirchen, die er in den konkreten Rahmen der politischen Verhältnisse der einzelnen Staaten hineinstellt. Auch die jüngsten Ereignisse sind mitberücksichtigt.

Der Verfasser ist Professor am Päpstlichen Orientalischen Institut in Rom. Er wurde in weiten Kreisen bekannt durch seine zahlreichen, bestens informierten Aufsätze zur Gegenwartslage der Ostkirchen.

Durch jede Buchhandlung. Schweiz. Generalauslieferung

CHRISTIANA-VERLAG

Tel. (051) 46 27 78

Zürich 52